

pur, Ägypten, Nigeria, Angola, Äthiopien, Nicaragua, Argentinien), zwei kapitalistische neutrale Länder Europas (Malta, Zypern) sowie zwei nationale Befreiungsbewegungen (PLO, SWAPO).

Die Konstituierung der Bewegung nichtpaktgebundener Staaten am 1. September, 1961 in Belgrad war die Antwort von überwiegend jungen Nationalstaaten auf die Bildung imperialistischer Militärpakte wie der SEATO (1954; USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand, Philippinen) und des Bagdad-Paktes (1955), der späteren CENTO (1959; Großbritannien, Türkei, Iran, Pakistan). Durch diese imperialistischen Militärpakte soll-

Anerkennung der friedlichen

In Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz wurde die Politik der Nichtpaktgebundenheit zum Hauptprinzip der Außenpolitik asiatischer, afrikanischer, lateinamerikanischer und einiger europäischer Staaten, die zum Beispiel in der UNO als Gruppe der Nichtpaktgebundenen auftreten.

Bedeutsam für die Herausbildung der Bewegung nichtpaktgebundener Staaten waren vor allem die weiteren Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung und das Entstehen neuer selbständiger Staaten, insbesondere in Asien und Afrika. Auch auf dem lateinamerikanischen Kontinent fand die Idee der Nichtpaktgebundenheit angesichts der totalen Abhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten von den USA zahlreiche Anhänger. Wenn sich auch in diesen Ländern die historische Entwicklung und die konkrete Situation in vielem noch von der in Asien und Afrika unterschied, so gibt es doch Gemeinsamkeiten; die Abhängigkeit von einer imperialistischen Macht, die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit und die Suche nach neuen Wegen.

ten die jungen Nationalstaaten, die zum Teil gerade erst ihre politische Selbständigkeit nach jahrelanger Kolonialherrschaft erlangt hatten, wieder direkt unter imperialistische Vorherrschaft geraten.

Die überwiegende Mehrzahl der Nationalstaaten setzte diesen neokolonialen Bestrebungen eine Politik der Nichtpaktgebundenheit entgegen. Das heißt, sie setzte sich für eine Nichtbeteiligung an militärischen Pakten, für das Verbot der Errichtung ausländischer Militärstützpunkte auf dem Territorium des betreffenden Staates sowie für eine aktive Politik im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Gewährleistung der nationalen Unabhängigkeit ein.

Koexistenz

Auch das sozialistische Jugoslawien, das sich dem Warschauer Vertrag nicht angeschlossen hatte, trat als ein Verfechter der Idee der Nichtpaktgebundenheit in Erscheinung. Gemeinsame Gespräche und Verhandlungen zwischen hervorragenden Führern der nationalen Befreiungsbewegungen bzw. der neuen Staaten in Asien und Afrika wie Nehru (Indien), Nasser (Ägypten), Sukarno (Indonesien), Nkrumah (Ghana) sowie des jugoslawischen Präsidenten Tito führten schließlich zur Einberufung der ersten Konferenz von Staats- und Regierungschefs nichtpaktgebundener Staaten.

Im Mittelpunkt der politischen Bemühungen und Aktivitäten der Bewegung der Nichtpaktgebundenen standen und stehen vor allem folgende Probleme:

- der Kampf um Frieden, Entspannung, Sicherheit, Abrüstung und die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz;
- die Überwindung von Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus, Rassismus und Apartheid;
- die Überwindung von ökonomischer Rückständigkeit und Abhängigkeit sowie die Schaffung

einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung;

- die Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte;
- die Einführung einer neuen internationalen Informations- und Kommunikationsordnung.

Neben antiimperialistischen Positionen spiegeln sich in der Bewegung auch Auffassungen von einem angeblich notwendigen gleichen Abstand zu den beiden großen Militärkoalitionen - der NATO und dem Warschauer Vertrag - sowie zu den USA und zur UdSSR, wider. In der Praxis sehen sich die Nichtpaktgebundenen jedoch immer wieder der Tatsache gegenüber, daß die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten beispielsweise konstruktive Abrüstungsschritte vorschlagen, während führende Kreise in den USA und anderen NATO-Staaten destruktiv auftreten, zwar oft von Abrüstung, Entspannung und Friedenssicherung reden, es jedoch an konkreten Taten fehlen lassen.

Um so begrüßenswerter ist es, daß die Nichtpaktgebundenen in den entscheidenden Fragen der Gegenwart - trotz der genannten unterschiedlichen Auffassungen - einheitliche, den Vorschlägen der sozialistischen Staaten entsprechende Positionen beziehen. „Wenn es um den Frieden geht“, hatte Genosse Honecker in seiner Rede vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED am 6. Februar dieses Jahres festgestellt, „können auch Vertreter der Regierungen von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung zu ähnlichen oder übereinstimmenden Ansichten finden, was natürlich nicht besagt, daß sie ihre gegenteiligen oder voneinander abweichenden Standpunkte, die in der Hauptsache durch Klassenunterschiede bedingt sind, in anderen Fragen aufgeben würden.“ Er würdigte den Beitrag der Repräsentanten der 6-Staaten-Initiative im Friedenskampf.

Dr. Roswitha Voigtländer
Institut für Internationale Beziehungen
der Akademie für Staats-
und Rechtswissenschaften der DDR